

In Islamabad könnte es zu einer weiteren Gesprächsrunde zwischen den USA und dem Iran kommen. Kommentaren der US-Seite zufolge wird neben der Kontrolle über die Straße von Hormus auch das iranische Nuklearprogramm abermals eine zentrale Rolle spielen. Ob die USA diese Frage überhaupt rechtswirksam verhandeln können, ist unter Experten umstritten, denn sie fällt in den Zuständigkeitsbereich der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA). Ihr Generaldirektor Rafael Grossi leitete die letzte Verhandlungsrunde vor Beginn des Krieges am 26. Februar in Genf. Doch die Rolle Grossis in der aktuellen Eskalationsspirale ist unrühmlich: Ihm geht es vor allem darum, seine Wahl zum nächsten UN-Generalsekretär in New York nicht zu gefährden. Von **Dieter Reinisch**.

Am letzten Freitag kam eine überraschende Ankündigung: US-Präsident Donald Trump behauptete, der Iran sei bereit, sein 60-Prozent-angereichertes Uran zu übergeben und außer Landes bringen zu lassen. Der staatliche russische Atomkonzern Rosatom sei gewillt, in der Frage des Uranexports aus dem Iran Unterstützung zu leisten, und verfolge die US-iranischen Verhandlungen genau, so Rosatom-Chef Alexei Lichatschow gegenüber dem Onlineportal *Strana Rosatom* am Samstag. Er wies darauf hin, dass nur Russland über positive Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit der iranischen Seite im Bereich des Exports angereicherter Urans verfüge.

Die iranische Seite dementierte jedoch zugleich Trumps Behauptung. Der Streit um die rund 440 Kilogramm 60-Prozent-angereicherter Urans war zentral in der zweiten Verhandlungsrunde in Genf, zwei Tage vor Beginn des Angriffs. Drei Verhandlungsrunden hatten unter Vermittlung von Badr Al-Busaidi, dem omanischen Außenminister, stattgefunden. Die Erste fand noch in der omanischen Hauptstadt Muskat statt, die weiteren in Genf.

Bei den beiden Runden in Genf war ich selbst zur Berichterstattung anwesend. In einer Verhandlungspause am 26. Februar veröffentlichten das *Wall Street Journal* und *Axios*, dass sich die unterschiedlichen Seiten über die „Übergabe des 60-Prozent-angereicherter Urans“ verständigt hätten.

Ich zeigte beide Meldungen am Rande der Verhandlungen dem iranischen Vize-Außenminister und Sprecher des Außenministeriums, Esmail Baghaei. „Diese Informationen sind falsch“, kommentierte er: „Das sind Falschinformationen, die die US-Seite streut“, betonte er. Stattdessen wurde besprochen, dass das 60-Prozent-angereicherte Uran im Land bleiben und unter die Aufsicht der IAEA gestellt wird. „Kein Gramm Uran wird den Iran verlassen“, unterstrich Baghaei.

Ich gab den Kommentar an meine Nachrichtenagenturen weiter, und er wurde später nicht

nur von iranischen Medien, sondern auch von der *BBC*, *Euronews* und anderen internationalen TV-Sendern übernommen.

Auch acht Wochen später besteht kein Grund, zu vermuten, dass sich diese iranische Position geändert hat. Für den Iran ist das 60-Prozent-angereicherte Uran eine Errungenschaft seiner Atomwissenschaft, die es nicht aufgeben will. Den USA und den europäischen Unterzeichnerstaaten des JCPOA, des iranischen Atomabkommens, bereitet es jedoch Sorge. Das JCPOA wurde nach achtmonatigen Verhandlungen im Januar 2016 in Wien auch von Deutschland, Frankreich und Großbritannien – gemeinsam als E3 bezeichnet – unterzeichnet: Von der 60-Prozent-Anreicherung ist es nur ein kleiner technischer Schritt, um höher angereichertes Uran zu erzeugen, das für den Bau von Atomwaffen notwendig ist. Der Iran betont jedoch fortwährend, kein Interesse am Bau von Atomwaffen zu haben.

Die letzte Verhandlungsrunde in Genf wurde vom IAEA-Generaldirektor Grossi und von Al-Busaidi geleitet. Dies sei der Wunsch beider Seiten gewesen. Doch seither hat sich das Verhältnis zwischen dem Iran und Grossi merklich verschlechtert. An der ersten Gesprächsrunde in Islamabad nahm er nicht teil – es wird nicht erwartet, dass er an der kommenden teilnimmt.

Das vergangene Jahr brachte eine deutliche Zäsur des Vertrags über die Nichtverbreitung von Kernwaffen, auch Atomwaffensperrvertrag genannt, auf Englisch: NPT. Bereits im Juni 2025 griffen die USA und Israel Atomanlagen im Iran an. In den vergangenen Wochen wurden weitere Anlagen getroffen, etwa bereits am 1. März. Daraufhin fand in Wien eine Sondersitzung des Gouverneursrats der IAEA statt, die von Russland und dem Iran einberufen wurde.

Bei dieser Sondersitzung kam es am 2. März 2026 zu keiner klaren Verurteilung der Angriffe, obwohl diese dem Statut der IAEA und dem NPT-Regime widersprechen. Grossi rief wiederholt nur zur „Zurückhaltung aller Seiten“ auf. An dieser Position von Grossi hat sich nichts geändert, obwohl sich die Angriffe auf Atomanlagen im März und April intensivierten. Das AKW Buschehr wurde mehrmals von Israel ins Visier genommen – einmal schlug ein Projektil nur 200 Meter neben dem Reaktor ein.

Das AKW Buschehr wurde ursprünglich von Siemens gebaut. Es wurde von Russland erweitert und modernisiert. Heute wird es von Rosatom betrieben. Zum Zeitpunkt der Angriffe arbeiteten 800 russische Techniker am AKW Buschehr. Laut Rosatom-Informationen wurden mittlerweile nahezu alle evakuiert: 20 russische Mitarbeiter sollen sich dort noch befinden. Die Angriffe auf das AKW Buschehr sind auch als Warnung Israels an Russland zu verstehen.

Bereits nach den Angriffen im Juni weigerte sich Grossi, derartige Bombardierungen zu verurteilen. Bei einer Pressekonferenz im August 2026 im Wiener UN-Hauptquartier fragte ich Grossi, ob er die Angriffe, die gegen das IAEA-Statut verstoßen würden, verurteile. Ebenso bat ich ihn, die gezielte Tötung von iranischen Atomwissenschaftlern, von denen einige noch in den Jahren zuvor bei der alljährlichen IAEA-Generalkonferenz teilnahmen, die jeweils Mitte September in Wien abgehalten wird, kommentieren könnte. Er antwortete mir: „Die IAEA macht keine politischen Stellungnahmen.“ Das Video der Pressekonferenz ist auf der Website der IAEA zu finden.

Doch diese Weigerung, israelische und US-Bombardierung von - laut IAEA-Berichten - zivilen Nuklearanlagen zu verurteilen, sei eine politische Positionierung Grossis und der IAEA, wird dem Generaldirektor vor allem vonseiten des Blocks um Russland, China und den Iran vorgeworfen.

Es sei der Prozess der Politisierung „der ehemals technischen Agentur“, der bereits vor 20 Jahren begann, erklärte mir der russische IAEA-Botschafter in Wien, Mikhail Ulyanov, in einem Gespräch im September 2025: „Die Agentur hat über viele Jahrzehnte als ausschließlich technisches Gremium sehr gut gearbeitet, aber in den letzten 20 Jahren sehen wir eine vermehrte Politisierung der IAEA, genauso wie anderer Internationaler Organisationen, die der Arbeit der Agentur geschadet haben“, sagte er. Auf die Frage, wieso Grossi die Angriffe nicht verurteilte, sagte Ulyanov: „Es ist nicht sicher, die USA und Israel zu kritisieren.“ Er meint damit, dass es für Grossi politisch gefährlich ist, die USA zu kritisieren, da er dann ihre Unterstützung verlieren würde.

Grossi möchte der nächste UN-Generalsekretär werden. Dazu braucht er die Unterstützung der USA. Im September 2025 bekundete er am Rande der UN-Vollversammlung in New York sein offizielles Interesse; im November veröffentlichte er seine Kampagnenerklärung. Der Argentinier hat gute Chancen, es zu werden, denn der nächste Generalsekretär soll aus Lateinamerika kommen - doch um zu siegen, braucht er die Unterstützung der USA: „Niemand wird UN-Generalsekretär gegen den Willen der USA“, sagte im Januar Yousri Abushady zu mir, als wir uns bei der UN in Wien trafen.

Kaum jemand kennt die IAEA so gut wie Abushady: Der emeritierte Professor für Atomwissenschaften der Universität Alexandria war 20 Jahre lang Leiter der Sicherheitsabteilung der IAEA und damit Ausbildungsleiter der IAEA-Inspektoren. Rund 800 Inspektoren gab es; mehr als die Hälfte waren für den Iran zuständig, bis dieser nach dem Angriff im Juni die Zusammenarbeit unterbrach.

Grossi sei ein Karrierediplomat, erklärte mir Abushady, daher möchte er sich nicht mit den

USA anlegen. „Niemand hier im Haus ist damit zufrieden, was Grossi macht“, stellte er klar. Am 31. Mai 2025 veröffentlichte Grossi einen Bericht über die Inspektionen im Iran. Darin erwähnte er „nicht deklarierte Partikel“. Doch bei diesen handelte es sich um Partikel, die bereits 2018 gefunden wurden und selbst nach Ansicht der IAEA Rückstände des iranischen Atomwaffenprogramms waren, das 2003 beendet wurde. „Grossi hätte diesen Bericht nie veröffentlichen dürfen und niemand in der IAEA unterstützt diesen Bericht. Die engsten Mitarbeiter Grossis warnten ihn davor, dies zu veröffentlichen“, erzählte mir Abushady. Israel nahm den Bericht zum Vorwand, den Iran im Juni 2025 zwölf Tage lang zu bombardieren.

Die IAEA und Grossi hätten dadurch viel Ansehen und Vertrauen verloren. Falls Grossi im kommenden Jahr Wien in Richtung New York verlässt, hinterlässt er eine tief gespaltene Agentur. Im Gouverneursrat stehen sich zwei antagonistische Blöcke gegenüber: USA, E3 und ihre Alliierten, die aufgrund der Zusammensetzung des 34-köpfigen Gremiums nur eine schwindende Mehrheit haben. Auf der anderen Seite steht der Block um China, Russland, Iran, Kuba, Nicaragua, Sudan und Belarus, der oft von Burkina Faso, Pakistan, Indien, Indonesien, Südafrika und Brasilien unterstützt wird.

Der Iran sieht die IAEA aufgrund der Handlungen Grossis heute nicht mehr als eine unparteiische, rein technische Agentur. Es würde daher nicht überraschen, wenn das iranische Verhandlungsteam in Islamabad nicht mehr bereit ist, sein 60-Prozent-angereichertes Uran unter IAEA-Kontrolle innerhalb der eigenen Grenzen zu halten.

Die Stellungnahme des Rosatom-Chefs Lichatschow deutet darauf hin, dass Russland eine entscheidende Rolle in der Zukunft des iranischen Urans und in der Frage der weiteren Anreicherung spielen wird - und nicht mehr die IAEA. Eine weitere internationale Organisation des 20. Jahrhunderts wurde aufgrund der politischen Interessen der USA und ihrer Verbündeten paralysiert und damit zunehmend unbedeutend gemacht. Der Zustand der IAEA ist ein trauriges Symbol des fortgesetzten Versagens des Multilateralismus, globale Konflikte zu lösen.

Titelbild: Mr Changezi/shutterstock.com